

Gemeinde Gokels

1. Änderung des Flächennutzungsplans „Solarpark Gokels“

Zusammenfassende Erklärung

Diese zusammenfassende Erklärung gibt gemäß § 6a Baugesetzbuch (BauGB) eine Übersicht über die Art und Weise der Berücksichtigung der Umweltbelange und der Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung im Flächennutzungsplanverfahren. Außerdem wird erläutert, aus welchen Gründen die Flächennutzungsplanänderung (FNP-Änderung) nach der Abwägung mit den geprüften, in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten gewählt wurde.

1. Berücksichtigung der Umweltbelange

Es wurde ein Umweltbericht erstellt, in dem die Auswirkungen auf die Schutzgüter Tiere und Pflanzen, Boden, Wasser, Luft und Klima, Landschaft und Ortsbild, Mensch, Kulturgüter und sonstige Sachgüter sowie mögliche Wechselwirkungen zwischen den Belangen des Umweltschutzes überprüft wurden.

Darüber hinaus beinhaltet der Umweltbericht eine artenschutzrechtliche Prüfung. Aus gutachterlicher Sicht stehen nach Einhaltung artenschutzrechtlicher Vermeidungsmaßnahmen keine jetzt erkennbaren Verbotstatbestände der Planung entgegen.

Als voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkung im Sinne des § 2 Abs. 4 BauGB, die mit der Bauleitplanung vorbereitet wird, ist die Überdachung durch die Module und der Verlust von Bodenfunktionen durch Versiegelung zu nennen.

Die durch die FNP-Änderung vorbereiteten Eingriffe wurden auf Ebene der parallel durchgeführten B-Plan-Aufstellung ermittelt und bilanziert. Es erfolgen Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich der nachteiligen Umweltauswirkungen. Gesichert und konkret festgelegt werden die Ausgleichsmaßnahmen nachgeordnet entweder durch Festsetzungen im parallel aufgestellten Bebauungsplan oder im Genehmigungsverfahren für die Photovoltaik-Anlage.

2. Berücksichtigung der Ergebnisse der Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung

Im Rahmen des Aufstellungsverfahrens sind Stellungnahmen der Behörden und der Öffentlichkeit eingegangen. In der frühzeitigen Beteiligung wurde hauptsächlich zu folgenden Themen Stellung genommen:

- Ausgestaltung und Ausmaß der Biotopschutzstreifen und Anpflanzflächen
- Absicherung von Ausgleichsmaßnahmen
- Potenzialstudie Photovoltaikanlagen im Amt Mittelholstein
- Bedeutung der vorhandenen Gewässer
- Lage im Archäologischen Interessengebiet
- Einhaltung der Anbauverbotszone zur Landesstraße
- Blendwirkung der Photovoltaikanlage
- Anforderungen zur Ausgestaltung der Anlage zu den Gleisen von der DB.

Als Resultat aus den Stellungnahmen und der daraus resultierenden Überarbeitung der Planungen wurde die bestehende Knickstruktur in der Planzeichnung dargestellt sowie der Geltungsbereich verkleinert, da die zuvor vorgesehene Maßnahmenfläche nicht mehr benötigt wurde. Außerdem wurde zusätzlich zur gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligung der Nachbargemeinden eine vertiefte interkommunale Abstimmung durch ein gesondertes Schreiben an die Nachbargemeinden vorgenommen.

Im Rahmen der öffentlichen Auslegung/Trägerbeteiligung sind Stellungnahmen der Behörden eingegangen. Es wurde eine Stellungnahme zur amtsweiten Potenzialstudie und den darin genannten Flächeneignungen in anderen Gemeinden abgegeben, welche jedoch keinen Einfluss auf die vorliegende Flächennutzungsplanänderung haben. Darüber hinaus wurden keine Stellungnahmen abgegeben die eine Anpassung der FNP Änderung mit sich gebracht haben.

Die detaillierte Beschreibung über die Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen ist dem Abwägungspapier zu entnehmen.

3. Aufstellung des Plans nach Abwägung der möglichen Planungsalternativen

Alternativen zur Ansiedlung eines Solarparks wurden im Rahmen einer Potenzialstudie für das Amt Mittelholstein untersucht. Flächen entlang von Bundesautobahnen und Bahnstrecken sowie Konversionsflächen sind zum Aufbau eines Solarparks durch die Förderbedingungen des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) begünstigt.

Der ausgewählte Standort bietet aufgrund seiner Lage an der Bahnstrecke und der damit einhergehenden Vorbelastung, seiner EEG-Vergütungsfähigkeit sowie der raumordnerischen und naturschutzfachlichen Eignungskriterien günstige Voraussetzungen für eine Freiflächen-PVA. Beeinträchtigungen wurden lediglich für die Schutzgüter Boden sowie Pflanzen und Tiere ermittelt und können durch Festsetzungen vermieden bzw. durch Ausgleichsmaßnahmen kompensiert werden. Die Eignung trifft auf keine weitere Fläche im Gemeindegebiet zu. Das Ausweichen auf andere Flächen innerhalb des Gemeindegebietes ist deshalb nicht möglich.

Ziel der Flächennutzungsplanänderung ist die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzung für die Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaik-Anlage. Bei einem Verzicht auf das Vorhaben könnte die aktuelle Bestandssituation mittelfristig erhalten werden. Entsprechend der vorhandenen Nachfrage würden Flächen zur regenerativen Energieerzeugung an anderer Stelle geschaffen.

Die zeichnerischen und textlichen Festsetzungen der FNP-Änderung sind das Ergebnis der Abwägung der einzelnen Belange untereinander. Städtebauliche und stadtentwicklungsrelevante Belange sprechen für die getroffenen Festsetzungen.

Gokels, 09.01.2020